

**Mariana Hausleitner, Freie Universität Berlin (Germany):
Wahrnehmung und Folgen der ungarischen Revolution von 1956 in Rumänien.**

Abstract

Im vorliegenden Beitrag werden die Gründe analysiert, warum es in Rumänien nach Stalins Tod kein „Taufwetter“ gegeben hat. Als im Mai 1956 innerhalb der Rumänischen Arbeiterpartei zaghaft Kritik geäußert wurde, gab es sofort Ausschlußverfahren. Angeregt durch die dynamischen Veränderungen in Ungarn organisierten am 30. Oktober 1956 Studenten des Polytechnikums in Temeswar eine Versammlung, auf der radikale Forderungen gestellt wurden. Nach den ersten Verhaftungen demonstrierten etwa 1000 Studenten, danach erfolgten Massenverhaftungen sowie ein Prozess, in dem einige Studenten zu langjährigen Gefängnisstrafen verurteilt wurden. In Bukarest wurden Anfang November weitere geplante Versammlungen durch Militäraufgebot verhindert. In Klausenburg gelang es der Rektorin der Universität durch die Unterstellung, dass die Ungarn die Rückeroberung Siebenbürgens anstrebten, die rumänischen Studenten zu verunsichern. Professoren aus der ungarischen Minderheit wurden für die Unruhe unter den Studenten verantwortlich gemacht. Viele Oberschüler, Studenten, Künstler und Schriftsteller wurden durch Folter zu belastenden Geständnissen gezwungen. Unter den rumänischen Arbeitern blieb es ruhig. Am 23. November war die Lage in Rumänien so stabil, dass Imre Nagy und andere ungarische Regierungsmitglieder dort interniert werden konnten. Die Umdeutung der Unruhen von 1956 in Siebenbürgen zu einem revisionistischen Anschlag wurde auch in den Prozessen 1957 und 1958 vorgebracht, einige endeten mit Todesstrafen. Die rumänische Parteiführung nutzte die Gelegenheit, um zahlreiche Zugeständnisse an die ungarische Minderheit abzubauen. Im Zuge dieser Politik wurde die ungarische Universität in Klausenburg im Juli 1959 mit der rumänischen Universität zwangsvereinigt. Die damalige Verschmelzung wurde nach 1990 seitens der ungarischen Minderheit kritisiert. Die Aufarbeitung der Ereignisse von 1956 hat in Rumänien erst kürzlich begonnen, da der Zugang zu den Unterlagen des Sicherheitsdienstes verschlossen war.

Nach 1990 erschien in Rumänien eine große Zahl von Arbeiten über den antikommunistischen Widerstand. Zumeist behandeln sie die bewaffneten Gruppen in den Bergen, die bis Anfang der 1950er Jahre aktiv waren.¹ Dagegen wurde über die Auswirkungen der ungarischen Revolution von 1956 in Rumänien viel weniger publiziert. Mitarbeiter des Bukarester „Nationalen Instituts zum Studium des Totalitarismus“ heben besonders hervor, dass unter den Unterstützern der Budapester Aufständischen viele Irredentisten aus der ungarischen Minderheit Rumäniens waren. Ihre langjährigen Gefängnisaufenthalte werden so indirekt legitimiert.² Pavel Ţugui, der 1956 im Zentralkomitee der Rumänischen Arbeiterpartei (Partidul Muncitoresc Român, PMR) für Kulturfragen zuständige Funktionär, schrieb in seinen Memoiren, dass der Verteidigungsminister Ungarns Pál Máleter damals revisionistische Forderungen gestellt habe.³ Er rechtfertigt auf diese Weise die Rolle der rumänischen Parteiführung bei der Deportation von Imre Nagy und anderer Mitglieder der ungarischen Regierung im November 1956. Andere Autoren behaupten, dass die Deportierten in Rumänien von Vertretern der Sowjetunion und Ungarn festgehalten wurden, obwohl es die rumänische Sicherheitspolizei

¹ Eine Auseinandersetzung mit der rumänischen Forschung vgl. Mariana Hausleitner: Die verzögerte Aufarbeitung des Kommunismus in Rumänien nach 1990, in: Ulf Brunnbauer (Hg.), Gesellschaft, Gedächtnis und Gewalt in Südosteuropa. Festschrift Holm Sundhausen zum 65. Geburtstag, München 2007, S. 521-537.

² Cristian Troncotă, Istoria securităţii regimului comunist din România 1948-1964. Bucureşti 2003, S.220ff.

³ Ţugui, Pavel, Istoria şi limba română în vremea lui Gheorghiu-Dej. Memoriile unui fost şef de Secţie a CC al PMR, Bucureşti 1999, S.257.

Securitate war.⁴ Es gibt jedoch auch rumänische Intellektuelle, die die Auslieferung der Gruppe 1957 an die Henker als belastende „Schande“ bezeichnen.⁵

In dem Beitrag skizziere ich eingangs die Gründe, warum es in Rumänien nach Stalins Tod nicht zur Entstalinisierung kam. Danach schildere ich ausführlich die Solidaritätsaktionen mit den ungarischen Aufständischen in den Städten Bukarest, Temeswar/Timișoara und Klausenburg/Cluj/Kolozsvár. Im dritten Abschnitt untersuche ich, warum es der Securitate gelang, diese Aktionen gleich im Ansatz niederzuschlagen. Dabei gehe ich auf die Rolle der offiziellen Propaganda ein, die den Aufständischen in Ungarn unterstellte, es vor allem auf die Rückgewinnung von Siebenbürgen abgesehen zu haben. Im vierten Abschnitt stelle ich Deportation von Mitgliedern der ungarischen Regierung nach Rumänien dar. Abschließend wird erörtert, wie es zum Abzug der sowjetischen Truppen aus Rumänien kam. Es soll aufgezeigt werden, warum dies nicht zur Demokratisierung der Gesellschaft beitrug, sondern einen national orientierten Kurs zur Folge hatte, der vor allem die Lage der Minderheiten in Rumänien beeinträchtigte.

1. Entwicklung im kommunistischen Rumänien bis Februar 1956

Während des Zweiten Weltkrieges spielte die Kommunistische Partei keine nennenswerte Rolle – beim Einzug der sowjetischen Armee hatte sie nur etwa tausend Mitglieder. Gheorghe Gheorghiu-Dej führte die Partei seit 1945 und wurde nach der Zwangsvereinigung mit der Sozialdemokratie im Februar 1948 Generalsekretär der PMR. Die Mitgliederzahl überschritt danach eine Million, doch nach mehreren „Säuberungswellen“ hatte die Partei im Dezember 1955 nur noch 595.398 Mitglieder.⁶ Viele Sozialdemokraten, die sich gegen die Zwangsvereinigung gewehrt hatten, wurden zwischen 1948 und 1952 zu langjährigen Gefängnisstrafen verurteilt.⁷

Die Szenarien der politischen Prozesse wurden bis 1953 wie auch in anderen Volksdemokratien in enger Zusammenarbeit mit den sowjetischen Beratern entwickelt.⁸ Doch es gelang Gheorghiu-Dej vor allem jene Personen zu Sündenböcken zu machen, durch die er seinen Führungsanspruch bedroht sah. So überzeugte er die Berater, dass der seit 1944 amtierende kommunistische Justizminister Lucrețiu Pătrășcanu, der in Parteikreisen beliebt war, ein Titoist sei. Er saß seit April 1948 in Haft, die Vorbereitung des Prozesses zog sich jedoch hin, weil er trotz Folter nicht bereit war, die absurden Anschuldigungen zu akzeptieren. Auch erhoben der Innenminister Teohari Georgescu und die Außenministerin Ana Pauker Einspruch gegen das geplante Szenario, während aus Moskau immer neue Weisungen kamen.⁹

Als Stalin 1952 seine Kampagne gegen Zionisten begann, nutzte Gheorghiu-Dej die Gelegenheit, um Ana Pauker, die jüdischer Herkunft war, in Misskredit zu bringen. Sie hatte bis dahin aufgrund ihres langen Aufenthaltes in der Sowjetunion vor 1944 dort über Rückendeckung verfügt.¹⁰ Im Juli 1952 verlor sie den Posten als Außenministerin, im

⁴ Lavinia Betea, Convorbiri neterminate. Corneliu Mănescu în dialog, Iași 2001, S.80.

⁵ Mihai Zamfir, *Revoluția victorioasă*, in: *România literară*, 44, 3.11.2006, S.9.

⁶ Robert R. King, *History of the Romanian Communist Party*, Stanford 1980, S. 64.

⁷ Constantin Buchet, *Socialdemocrația încarcerată 1946-1969*, București 2005, S. 252f.

⁸ George H. Hodos, *Schauprozesse. Stalinistische Säuberungen in Osteuropa 1948-1954*, Berlin 2001.

⁹ Hildrun Glass, *Der Fall Lucrețiu Pătrășcanu: Neue Quellen und Forschungen zu einem politischem Prozeß in Rumänien*, in: *Südost-Forschungen*, 56 (1998) S. 373-397.

¹⁰ Sie war 1925 zu zehn Jahren Haft wegen illegaler kommunistischer Tätigkeit verurteilt worden und floh 1926 in die Sowjetunion. Danach arbeitete sie in Deutschland sowie Frankreich für die Komintern.

November den als Stellvertreterin des Ministerpräsidenten. Im Februar 1953 wurde sie schließlich verhaftet und zusammen mit dem abgesetzten Finanzminister Vasile Luca der „Rechtsabweichung“ bezichtigt. Der Innenminister Georgescu, der wie Luca und Pauker bis Mai 1952 dem Politbüro angehört hatte, war zwei Tage vor Pauker verhaftet worden. Nach Stalins Tod veranlasste Molotov allerdings die Freilassung von Pauker.¹¹ Gheorghiu-Dej war in Folge dessen so verunsichert, dass es bis 1954 zu keinem Prozess gegen prominente Altkommunisten mehr kam. Für kurze Zeit schien sich eine Liberalisierung anzubahnen, denn im Juli 1953 wurde der Bau des Donau-Schwarzmeer-Kanals eingestellt, wo ca. 40.000 Häftlinge eingesetzt waren; am 11. März 1954 erfolgte die Auflösung der Arbeitskolonien.¹²

Doch während in der Sowjetunion etwa eine Million Häftlinge den Gulag verließen, ergriff Gheorghiu-Dej die Initiative, um seinen gefährlichsten Rivalen zu beseitigen. Das Politbüro wurde am 18. März 1954 über die Anschuldigungen gegen Pătrășcanu informiert. Da die sowjetische Führung sich inzwischen um eine Annäherung an Jugoslawien bemühte, galt er nicht mehr als Titoist, sondern wurde mit einigen anderen der Spionage für westliche Geheimdienste bezichtigt. Der Prozess endete im April mit der Todesstrafe für Pătrășcanu und Remus Kofler, die anderen erhielten langjährige Gefängnisstrafen. Gheorghiu-Dej war zu diesem Zweck nach Moskau gefahren, um von Malenkov die Zustimmung für die Hinrichtung zu erhalten.¹³

Im Oktober 1954 fand der Prozess gegen Vasile Luca statt, auch er wurde zum Tode verurteilt, doch zu lebenslänglicher Haft begnadigt. Die harten Urteile waren als Warnung für alle potentiellen Kritiker in Rumänien gedacht. Da die Entstalinisierung in der Sowjetunion fortgesetzt wurde, gab es auch in Rumänien 1955 eine Amnestie, durch die einige politische Gefangene frei kamen. Viele Opfer von Schauprozessen blieben dennoch in Haft. Hier soll nur Emil Calmanovici erwähnt werden: Der jüdische Bauingenieur war 1951 unter falschen Anschuldigungen verhaftet und 1954 nach einer willkürlichen Zuordnung zur Gruppe um Pătrășcanu zu lebenslanger Haft verurteilt worden. Im Januar 1956 begann er einen 41-tägigen Hungerstreik, an dessen Folgen er im April 1956 im Gefängnis starb.¹⁴

Die Bevölkerung erhielt in diesen Jahren einige wichtige Zugeständnisse: Im Dezember 1954 wurde die Rationierung der Lebensmittel aufgehoben. Im Sommer 1956 bekamen viele Angehörige der deutschen und ungarischen Minderheit ihre Häuser und Hausgrundstücke zurück.¹⁵ Der Druck zur Kollektivierung lockerte sich etwas. Von einer Entstalinisierung konnte dennoch nicht die Rede sein: Im Dezember 1955 behauptete Gheorghiu-Dej, dass Ana Pauker die Verhaftung von über 80.000 Bauern initiiert habe, obwohl er selbst deren Verfolgung angeordnet hatte.¹⁶

1934 kehrte sie mit falschen Papieren nach Rumänien zurück und wurde 1936 wieder zu zehn Jahren Haft verurteilt. 1940 wurde sie gegen einen prominenten rumänischen Häftling aus der Sowjetunion ausgetauscht und ließ sich im September 1944 in Rumänien nieder. Vgl. Robert Levy, *Gloria și decăderea Anei Pauker*, București 2002, S. 36-61.

¹¹ Dennis Deletant, *Teroarea comunistă în România. Gheorghiu-Dej și statul polițienesc 1948-1965*, Iași 2001, S.188.

¹² Dieser Kanal wurde unter Ceaușescu fertig gebaut. Vgl. Adrian Cioroianu, *Pe umerii lui Marx*, București 2002, S.306; Marius Oprea, *Banalitatea râului. O istorie a Securității în documente 1949-1989*, Iași 2002, S.31.

¹³ Sein Fall wurde 1967 von einer Parteikommission untersucht und er wurde 1968 rehabilitiert. Vgl. Deletant, *Teroarea*, S.189.

¹⁴ Calmanovici hatte sich 1937 der illegalen Kommunistischen Partei angeschlossen und war damals ihr wichtigster finanzieller Unterstützer. Vgl. Robert Levy, *Naivitate fatală: Tragedia lui Emil Calmanovici*, in: *Anuarul Institutului Român de Istorie Recentă*, 1 (2002), S. 268-281.

¹⁵ Hannelore Baier, *Germanii din România*, Sibiu 2005, S.161.

¹⁶ Deletant, *Teroarea*, S. 108f.

2. Solidaritätsaktionen in Rumänien 1956 und die Repression

Die Nachricht von der nächtlichen Rede Nikita Chruščevs auf dem XX. Parteitag der KPdSU über Stalins Verbrechen dürfte für Gheorghiu-Dej ein Albtraum gewesen sein. Den gesamten Text der Rede vom Februar 1956 kannten außer ihm anfangs nur seine drei Weggefährten Miron Constantinescu, Iosif Chișinevski und Petre Borilă. Erst im März informierte Gheorghiu-Dej in knapper Form das erweiterte ZK der PMR, wobei er behauptete, dass in Rumänien die Verletzung der Gesetzlichkeit bereits durch die Verhaftung des Innenministers Teohari Georgescu 1952 beendet worden sei. Auch in einem erweiterten Kreis von 3.000 ausgewählten Parteimitgliedern vertrat er diese Version und leitete daraus ab, dass Chruščevs Rede für Rumänien keine Relevanz habe. Auf den darauf folgenden Sitzungen des Politbüros griffen Constantinescu und Chișinevski zum ersten Mal Gheorghiu-Dej wegen seiner stalinistischen Methoden der Machtsicherung an, wobei Constantinescu sogar die Folter in den Gefängnissen erwähnte. Letzterer war einer der wenigen profilierten Intellektuellen in der Parteiführung und hatte als Wirtschaftswissenschaftler konkrete Vorstellungen zur Verbesserung der Lage in Rumänien.¹⁷ Beide verlangten, dass in Zukunft das gesamte Politbüro die Tätigkeit des Innenministeriums kontrollieren sollte. Der Innenminister Alexandru Drăghici und andere Mitglieder des Politbüros wandten sich heftig gegen die Kritiker.¹⁸ Im April 1956 erläuterte Nicolae Ceaușescu bei einer Sitzung im Innenministerium die neue Linie: Es sollten nicht mehr so viele Personen verhaftet werden, sondern nur die „feindlichen konterrevolutionären Elemente“.¹⁹

Anders als in Polen und Ungarn blieb die rumänische Parteiführung 1956 relativ geschlossen, denn fast alle Politbüromitglieder – auch Constantinescu und Chișinevski – waren mitverantwortlich für den Mord an Pătrășcanu und mussten vorsichtig agieren. In der rumänischen Gesellschaft gab es keine Initiativen wie der Budapester Petöfi-Kreis, die eine Rehabilitierung von verurteilten Kommunisten einforderten.²⁰

Über den Umbruch in Ungarn erfuhren Rumänen vor allem durch die rumänischen Sendungen des Münchner Senders Radio Freies Europa, doch besaßen damals nur wenige Rundfunkgeräte. Über 70% der Bevölkerung lebte auf dem Land und war im besten Fall an ein Verteilersystem angeschlossen, das ausgewählte Sendungen übertrug. In der rumänischen Presse erschienen sehr kurze Berichte zu Ungarn, zumeist waren es Übersetzungen aus der „Pravda“. Etwas besser war die große ungarische Minderheit (1,6 Millionen, 9,1% der Bevölkerung) durch die Sendungen aus Ungarn, sowie die kleine Minderheit der Südslawen (46.517, 0,3%) durch den Belgrader Rundfunk informiert.²¹ Die Nachrichten von der Aufbruchstimmung in Polen und Ungarn beeinflussten auch einige Rumänen, und es kam zu Aktionen unter Schriftstellern, Studenten, Militärangehörigen, unierten Geistlichen und Sozialdemokraten.

¹⁷ Constantinescu begann als Student seine Tätigkeit in der illegalen Kommunistischen Partei und saß deswegen im Gefängnis von Târgu Jiu. Chișinevski hatte die Oberschule ohne Abschluss verlassen und war in den Kriegsjahren im gleichen Gefängnis wie Constantinescu und Gheorghiu-Dej inhaftiert. Vgl. Vladimir Tismaneanu, *Stalinism for all Seasons. A Political History of Romanian Communism*, Berkeley 2003, S.158-160.

¹⁸ Alina Tudor/ Dan Cătănuș, *O destalinizare ratată. Culisele cazului Miron Constantinescu – Iosif Chișinevski 1956-1961*, București 2001, S.50-140.

¹⁹ Ioan Scurtu, Ceaușescu, „adversarul” cultului personalității!, in: *Dosarele istoriei*, VI (2001), 12, S.10.

²⁰ Zum Petöfi-Kreis vgl. György Dalos, 1956. Der Aufstand in Ungarn, München 2006, S.35f.; Peter Gosztony (Hg.), *Der Ungarische Volksaufstand in Augenzeugenberichten*, München 1961, S.41-55.

²¹ Catherine Durandin, *Istoria Românilor*, București 1998, S. 296.

Zur Symbolfigur der Aufbruchstimmung unter den Schriftstellern wurde der junge Dichter Nicolae Labiș. Er war im Mai 1954 aus der Union der Arbeiterjugend (Uniunea Tineretului Muncitor, UTM) ausgeschlossen worden, weil er die Zensur kritisiert hatte. Im April 1956 wurde Labiș in die UTM wieder aufgenommen und sogar in deren Exekutivkomitee beim Schriftstellerverband gewählt. Er war dort bis zu seinem mysteriösen Tod im Dezember 1956 für politische Bildung zuständig. Labiș setzte sich für die Erneuerung des Kommunismus durch humanistische Elemente ein.²² Gegen Labiș gingen die Hardliner aus der Parteiführung nicht vor, dafür aber gegen einen Schriftsteller jüdischer Herkunft. Alexander Jar bekannte in einem Interview vom April 1956 selbstkritisch, dass er wie andere den Personenkult gefördert habe.²³ Am 22. Mai 1956 fand in Bukarest im Rayonskomitee „I. V. Stalin“ eine Sitzung statt, bei der er radikale Veränderungen in Rumänien forderte. Jar meinte, nicht der Liberalismus sei die Gefahr sondern das Beschönigen der wirtschaftlichen Probleme. Er kritisierte die Übergriffe des Machtapparates und verwies auf die Schriftsteller in Ungarn, die sich aktiv gegen Rákosi eingesetzt hätten.²⁴ Bei dieser Versammlung in Anwesenheit von Gheorghiu-Dej wurde Jar nur von dem Literaturkritiker Ion Vitner und dem Dramaturgen Mihai Davidoglu unterstützt. Viele andere wiesen seine Kritik zurück, die Parteizeitung „Scînteia“ nannte sie verleumderisch und meldete seine Entfernung aus der Partei.²⁵ Auch andere Intellektuelle wurden am 17. Juni ausgeschlossen.²⁶ Damit waren im Vorfeld des Schriftstellerkongresses, der vom 18. bis 23. Juni 1956 tagte, die Grenzen abgesteckt. Dort wurden keine personellen Veränderungen in der Parteiführung gefordert, sondern nur zaghaft etwas mehr Freiheit für das künstlerische Schaffen. Jar wurde besonders heftig von Mihai Beniuc angegriffen: Er nannte ihn eine marginale Gestalt und einen schlechten Schriftsteller.²⁷ Niemand traute sich mehr Jar zu verteidigen und Beniuc wurde zum Sekretär des Verbandes gewählt. Die Zurückhaltung der Schriftsteller war durch eine Entscheidung im Vorfeld des Kongresses erkaufte worden: Der stellvertretende Kulturminister hatte die Erhöhung der Honorare ab 1. Juli 1956 angekündigt.²⁸

Angeichts der Entwicklungen in Polen begannen auch einige Studenten in Rumänien – anfangs recht zaghaft – Veränderungen zu fordern. In Bukarest fand im Juli 1956 eine Versammlung statt, bei der die Abschaffung der Pflicht-Kurse des Russischen sowie besseres Mensa-Essen gefordert wurden. Im selben Monat versammelten sich auch in Klausenburg/Cluj Studenten. Es kam zu ersten Verhaftungen. Im Herbst stellten in Temeswar/Timișoara die Studenten des Polytechnikums ihren Dozenten immer häufiger die Frage, warum der rumänische Rundfunk nichts über Ungarn berichtete. Am 26. Oktober wurden die Dozenten vom Parteikomitee entsprechend angewiesen. Da die Studenten auch kritisiert hatten, dass es in der Mensa zweimal täglich nur Maisbrei gäbe, war plötzlich auch Brot vorhanden. Wie den Berichten damaliger Aktivisten zu entnehmen ist, beriefen sie am 30. Oktober eine Versammlung ein. Etwa 3.000 Studenten strömten zusammen, wobei die

²² Anneli Ute Gabanyi, Partei und Literatur in Rumänien seit 1945. München 1975, S. 46f; Tismaneanu, Stalinism, S.152 und 303.

²³ Alexander Jar hatte sich während des 2. Weltkrieges der französischen Widerstandsbewegung angeschlossen, seine Ehefrau Olga Bancic wurde von den Nazis 1944 hingerichtet. Vgl. Tismaneanu, Stalinism, S.150.

²⁴ Elisabeta Neagoe, Problematika cultului personalității în mediul literar din România. Cazul Alexandru Jar, in: CNSAS (Hg.), Arhivele Securității, București 2004, S. 476 und 480.

²⁵ Neagoe, Problematika, S.466. Tóth vermutet, dass Jar zur Kritik ermutigt worden war, um mögliche Oppositionelle aus der Reserve zu locken, wonach er trotzdem abgestraft wurde. Vgl. Sándor Tóth, Quo vadis România? New York 1990, S.43.

²⁶ Alina Tudor/ Dan Cătănuș, Amurgul ilegalistilor. Plenara PMR din 9-13 iunie 1958, București 2000, S.8.

²⁷ Neagoe, Problematika, S. 473.

²⁸ Gabanyi, Partei, S. 58.

Temeswarer Universität damals insgesamt lediglich 4.486 Studenten hatte. Der Rektor und die Parteileitung versuchten sie einzuschüchtern, doch in den sechs Stunden kamen immer mehr Probleme offen zur Sprache. Die Forderungen wurden in einer Denkschrift an die Regierung festgehalten: Beendigung des Personenkultes und der Repression, Abzug der russischen Truppen aus Rumänien, Pressefreiheit, Verringerung der Abgaben der Bauern, Lohnerhöhungen, Stipendien unabhängig vom Einkommen der Eltern, weniger Pflichtunterricht in Russisch und Politökonomie. Sollte die Regierung nicht innerhalb von drei Tagen antworten, drohten die Studenten mit einem Boykott der Kurse. Die Versammlung wurde von Securitate und Soldaten mit Gewehren im Anschlag umstellt, zahlreiche Redner wurden verhaftet. Als sich am nächsten Tag etwa 1000 Studenten in der Innenstadt zu einem Protestmarsch versammelten, griff das Militär erneut ein. Die Studentenheime wurden umzingelt und Massenverhaftungen durchgeführt. Als die Kurse nach einer kurzen Unterbrechung wieder begannen, mussten alle Studenten sich schriftlich vom angeblichen „Hooliganismus“ distanzieren. Im November und Dezember 1956 wurden drei Organisatoren der Versammlung wegen Aufwiegelung zu acht Jahren Haft verurteilt, weitere 25 Studenten und ein Assistent zu etwas geringeren Gefängnisstrafen. 81 Studenten wurden exmatrikuliert, darunter Rumänen, Ungarn und Deutsche.²⁹

In Bukarest forderten Studenten der Philologischen Fakultät am 27. Oktober ebenfalls die Verbesserung ihrer Arbeits- und Lebensbedingungen. Nach der sowjetischen Intervention in Ungarn riefen Studenten der Bukarester Juristischen Fakultät trotz des Verbots aller Versammlungen zu einer Demonstration auf. Sie kam nicht zustande, denn am 5. November waren vor mehreren Fakultäten Maschinengewehre postiert. 39 Organisatoren waren bereits in der Nacht davor verhaftet worden. Viele wurden zu langjährigen Gefängnisstrafen verurteilt.³⁰ In Iași fand ebenfalls eine Protestversammlung statt, über die jedoch wenig bekannt ist.³¹

Besonders nachhaltig war der Einfluss der ungarischen Revolution in Klausenburg. Im September 1956 verfolgten sowohl die Studenten der ungarischen Bolyai-Universität als auch die der rumänischen Babeș-Universität mit großem Interesse die Ereignisse in Ungarn. Es bildeten sich national gemischte Gruppen, die Verbesserungen erörterten. Das ungarischstämmige ZK-Mitglied János Fazekas kam nach Klausenburg und verlangte am 26. September, dass die regionale Parteileitung diese Umtriebe stoppen müsste. Die Rektorin der rumänischen Universität, Raluca Ripan, behauptete auf einer Versammlung, dass in Ungarn die Rückeroberung Siebenbürgens vorbereitet werde. Danach kamen die rumänischen Studenten nicht mehr zu den Treffen der Arbeitsgruppen.³²

Die ungarischen Studenten kritisierten vor allem, dass ihre Universität weniger Förderungsmittel als die rumänische erhielt, was der Rektor Ladislau Bányai als Nationalismus zurückwies.³³ Einige ungarische Professoren verlangten im Gespräch mit dem für Kulturfragen zuständigen ZK-Funktionär Pavel Țugui ebenfalls eine stärkere finanzielle Unterstützung. Dieser behauptete daraufhin, die Professoren hätten die Stimmung

²⁹ Teilnehmer dieser Aktionen berichteten über den Ablauf, der Forderungskatalog wurde bei der Securitate aufbewahrt. Vgl. Mihaela Sitariu, *Oaza de libertate Timișoara*, 30 octombrie 1956, Iași 2004.

³⁰ Ioana Boca, 1956. *Un an de ruptură. România între internaționalismul proletar și stalinismul antisovietic*, București 2001, S.145-310.

³¹ Stelian Tănase, *Elite și societatea. Guvernarea Gheorghiu-Dej 1948-1965*, București 1998, S.126.

³² Florin Müller, *Politica și istoriografie în România 1948-1964*, Cluj-Napoca 2003, S. 300; Toth, *Quo vadis*, S.127f.

³³ Andreea Andreescu/ Lucian Nastasă / Andrea Varga (Hg.), *Maghiarii din România 1956-1968*, Cluj 2003, S.154 u. 230.

angeheizt und deswegen würden die Studenten wie die Revisionisten aus Ungarn die Autonomie Siebenbürgens fordern.³⁴ Durch die Umdeutung der Forderung nach autonomen Strukturen in der Universität zu einem Angriff auf den Zentralstaat versuchten rumänische Parteiführer Zwietracht zwischen Ungarn und Rumänen zu säen. Als Drahtzieher der Unruhen kritisierten sie vor allem den Geschichtspräsident Lajos (Ludovic) Jordáky, einen Antifaschisten der Untergrundjahre, der von 1946 bis 1955 aus der Partei ausgeschlossen war.³⁵ Zu Allerheiligen am 1. November strömten zahlreiche Ungarn zum Friedhof, um für die Opfer der Staatssicherheit in Ungarn Kerzen zu entzünden, einige von ihnen wurden deswegen verhaftet.³⁶

Zur Eindämmung der Proteste wurde der stellvertretende Ministerpräsident Miron Constantinescu nach Klausenburg geschickt. Im Politbüro war er vor der Intervention einer der wenigen, die eine Entstalinisierung forderten. Doch in Klausenburg warnte er die ungarischen Studenten davor, nationalistische Forderungen aufzugreifen. Er behauptete am 3. November, dass in Ungarn einige Reaktionäre das Vorkriegssystem wiederherstellen wollten. Da keine Ruhe einkehrte, versprach Constantinescu am 5. November eine Revision der überfrachteten Stundenpläne der Studenten.³⁷

Die Proteste wurden nun dem Unterrichtsminister Ilie Murgulescu angelastet, an seine Stelle trat am 24. November Constantinescu. Auf diese Weise setzte Gheorghiu-Dej seinen gefährlichsten Kritiker außer Gefecht. Constantinescu konnte in dieser Position nur geringe Zugeständnisse anbieten. Nach Klausenburg wurden die beiden ZK-Mitglieder János Fazekas und Leonte Răutu entsandt, die am 7. Dezember berichteten, dass es noch sehr viel „Konfusion“ in der nationalen Frage gäbe. So hätten Studenten der ungarischen Universität einen autonomen Verband gründen wollen. Professor Jordáky hätte den Plan gekannt, er übe einen „negativen Einfluss“ auf die Studenten aus. Auch die Ungarn sollten gespalten werden, einige ungarische Professoren wurden als Warner lobend erwähnt.³⁸ Insgesamt wurden in Klausenburg wegen zu geringer Wachsamkeit nach 1956 etwa 400 ungarische Mitglieder aus der RAP ausgeschlossen.³⁹ Eine Repressionswelle setzte ein: Zahlreiche Oberschüler, Studenten, Künstler und Schriftsteller wurden verhaftet. Während der Verhöre wurde gefoltert, weswegen einige der Verhafteten belastende Geständnisse unterschrieben. Besonders harte Urteile ergingen gegen die Mitglieder der „Union der jungen Siebenbürger Ungarns“.⁴⁰

Aufgrund der Überwachung hatten es die Protestierenden nicht geschafft, sich untereinander zu vernetzen, viele erfuhren erst im Gefängnis von Initiativen in anderen Städten Rumäniens. Es soll auch Aktionen innerhalb der rumänischen Armee gegeben haben, die jedoch bisher von der Forschung nicht erschlossen wurden. Die Nachrichten darüber stammen von Ion Varlam, der in Bukarest am 8. November 1956 verhaftet wurde. Eine Gruppe von 25 Offizieren der Bukarester Militärakademie wurde zu lebenslangen Strafen verurteilt, weil man

³⁴ Țugui, *Istoria*, S.259.

³⁵ Jordáky wurde 1956 erneut verhaftet und war nach seiner Freilassung nicht mehr als Professor tätig. Vgl. Ádám T. Szabó, 1956. Resonanz und Folgen der Resonanz in Rumänien, in: *Siebenbürger Semesterblätter*, VI (1992), 2, S.190-196, hier 192.

³⁶ Bericht eines verhafteten Studenten, der bis zur Amnestie von 1964 im Gefängnis saß und dies nur knapp überlebte: Arpad Szilagyi, *Victim. Imprisonment Because of the Hungarian Revolution of 1956*, <http://www.historicaltextarchive.com/sections.php>

³⁷ Boca, 1956, S.411; Müller, *Politica*, S.300f.

³⁸ Mihai Retegan, *Conducerea P.M.R. și evenimentele din Polonia și Ungaria, 1956*, in: *Arhivele Totalitarismului*, III (1995), 1, S. 157-162.

³⁹ Lucian Nastsă, *Studiu introductiv*, in: Andreescu/ Nastsă/ Varga (Hg.), *Maghiarii*, S.51.

⁴⁰ Tibor Méray, *Budapesta 1956. Atunci și după 44 de ani*, București 2000, S. 358.

ihnen ein Komplott zur Last legte, das Rumäniens Austritt aus dem Warschauer Pakt anvisiert habe. Nach dem scheinbaren Sieg der Aufständischen in Budapest umzingelten am 2. November einige in Mediaș stationierte Panzer das Gefängnis Gherla, Oberst Teodor Măgureanu forderte die sofortige Befreiung aller politischen Häftlinge. Der Gefängnisdirektor bot Verhandlungen an, um Zeit zu gewinnen, daraufhin wurden Măgureanu und drei andere Offiziere erschossen. Eine Gruppe von Offizieren und Unteroffizieren aus dem Zentrum für Telekommunikation funkte kurz vor dem sowjetischen Angriff auf Ungarn einen Aufruf an Militäreinheiten, dass sie Angriffe auf die Bevölkerung verhindern sollten. Aufgrund dieses Appells versuchte eine Einheit von Fallschirmspringern aus Piatra Neamț Kontakte des Generalstabs zu blockieren. Eine Panzerdivision aus der Dobrudscha, in der viele Ungarn dienten, hatte bereits die Donau überquert, um die Aufständischen in Budapest zu unterstützen. Sie wurde von Jagdfliegern und einer Truppe des Innenministeriums gestoppt. Mehrere Offiziere und Unteroffiziere wurden daraufhin zu Strafen zwischen 5 und 25 Jahren verurteilt.⁴¹

Aufbruchstimmung hatte es 1956 auch unter Angehörigen der Unierten Kirche gegeben. Bei der Amnestie im Januar 1955 waren einige hohe Würdenträger aus dem Gefängnis entlassen worden, die sich 1948 gegen die Zwangsvereinigung mit der Orthodoxen Kirche gewehrt hatten. Erzbischof Alexandru Rusu bat die Regierung im April 1956, die Unierte Kirche wieder zuzulassen. Danach richteten auch viele Gläubige aus Nordsiebenbürgen diesbezügliche Petitionen an die Regierung. Ihnen wurde mitgeteilt, dass sie sich der katholischen Kirche anschließen könnten. Zwei unierte Priester, Vasile Chindriș und Izidor Ghiurco hielten am 12. August 1956 eine Messe vor der Klausenburger Universitätskirche, die bis 1948 eine unierte Kirche war. Sie wurden verhaftet, und als angebliche Hintermänner dieser „Unruhestiftung“ wurden 1957 auch Bischof Ioan Cherteș zu 10 Jahren und Erzbischof Rusu zu 25 Jahren Haft verurteilt. Rusu starb im Gefängnis.⁴² Während die Würdenträger der Orthodoxie sich nicht für die verfolgten Unierten einsetzten, tat dies der katholische Bischof Áron Márton. Er war erst durch die Amnestie von 1955 krank einer Haft entkommen und durfte ab Juni 1957 Alba Iulia nicht mehr verlassen.⁴³

Eine weitere Gruppe von 1955 Amnestierten regte sich: die Führungsmitglieder der 1947 verbotenen Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei. Sie standen unter ständiger Observation, und die Spitzel notierten im Oktober 1956 ihre Gespräche über mögliche Veränderungen in Rumänien. Der einstige Parteichef Constantin Titel Petrescu ging davon aus, dass die ungarischen Bauern in Siebenbürgen die Auflösung der Kollektivwirtschaften wie in Ungarn fordern würden. Er traf sich mit Angehörigen der verbotenen Bauernpartei, um gemeinsame Forderungen zu besprechen. Doch war er skeptisch darüber, wer die Träger eines demokratischen Aufbruchs sein könnten, da die Arbeiter in Rumänien keine revolutionäre Tradition wie in Ungarn hatten.⁴⁴

⁴¹ Victor Frunză, *Istoria stalinismului în România*, București 1990, S.427; Meray, Budapesta, S.359; Ion Varlam, November 1956 in Rumänien, in: *Osteuropa-Info*, 70/71 (1987), S. 125-131.

⁴² Cristian Vasile, *Istoria Bisericii Greco-Catolice sub regimul comunist 1945-1989. Documente și mărturii*, Iași 2003, S.104; Cristian Vasile, *Între Vatican și Kremlin. Biserica Greco-Catolică în timpul regimului comunist*, București 2003, S. 248-255.

⁴³ Ovidiu Bozgan, *Biserica Română Unită*, in: www.unibuc.ro/eBooks, S.5.

⁴⁴ Nach der Niederschlagung der Revolution in Ungarn geriet Petrescu wieder unter starken Druck, seine nach sieben Haftjahren angeschlagene Gesundheit hielt dem nicht stand und er starb im September 1957. Vgl. Buchet, *Socialdemocrația*, S. 304 und 311-313.

3. Diskussionen im Politbüro zur Lage in Ungarn und Rumänien im Herbst 1956.

Als der Aufstand in Budapest am 23. Oktober ausbrach, hielten sich Gheorghiu-Dej, der Außenminister Grigore Preoteasa, der Ministerpräsident Chivu Stoica sowie dessen Stellvertreter Petre Borilă zum Staatsbesuch in Jugoslawien auf. Die Delegation kehrte nach sechs Tagen zurück. Während ihrer Abwesenheit trafen sich die restlichen Mitglieder des Politbüros täglich. Die Protokolle ihrer Sitzungen zeigen, mit welchen Maßnahmen sie der wachsenden Unruhe im Lande begegneten. Am 24. Oktober verfügten sie die Absperrung der Grenze nach Ungarn und die Kontrolle des gesamten Briefwechsels zwischen den beiden Staaten. Die Wachen um Rundfunkgebäude, Bahnhöfe und Großbetriebe wurden verstärkt. Der ungarische katholische Bischof Áron Márton und der deutsche evangelische Bischof Friedrich Müller wurden aufgefordert, ihre Gemeinden zur Ruhe aufzurufen. Damit es nicht wie in Ungarn zu Unruhen unter den Arbeitern kommen sollte, wurde die Wirtschaftsverwaltung aufgefordert, die Versorgung der Bevölkerung mit Brot, Fleisch, Öl besonders in den Ballungszentren reichlich zu gestalten. Das Politbüro beschloss am 26. Oktober zur Verbesserung der Versorgungslage neue Kontrollorgane in den Volksräten zu schaffen. Sie mussten im Herbst 1956 täglich Meldung an den Ministerrat erstatten. Den Bauern wurde nun das Geld für die abgelieferten Lebensmittel sofort ausbezahlt.⁴⁵

Die Unruhen in Polen und Ungarn hatten eine weitere direkte Auswirkung: Am 30. Oktober wurden in Rumänien die Löhne, die Renten und das Kindergeld erhöht. So blieb es unter den Arbeitern relativ ruhig, nur von Bukarester Eisenbahnern sowie einigen Arbeitern aus Iași sind Protestaktivitäten bekannt geworden.⁴⁶ Das Politbüro-Mitglied Moghioroș fuhr nach Temeswar, um ein Übergreifen der studentischen Proteste auf die Arbeiter zu verhindern. In einer Textilfabrik hatte es Unmutsäußerungen gegeben. Auch in den nahe der ungarischen Grenze gelegenen Städten Arad und Oradea fanden Verhaftungen statt.⁴⁷

Am 30. Oktober bildete das Politbüro einen Generalstab zur Bekämpfung subversiver Aktionen unter Führung von Emil Bodnaraș, Alexandru Drăghici, Leontin Sălăjan und Nicolae Ceaușescu. Dieser Stab hatte absolute Vollmachten, praktisch herrschte in den großen Städten der Ausnahmezustand. Im Parteiorgan „Scînteia“ wurde behauptet, dass sich in Ungarn reaktionäre Kräfte durchgesetzt hätten und die Offiziere aus der Armee Horthys Siebenbürgen zurückerobern wollten.⁴⁸ Vermutlich gab es auch solche Kräfte, doch die Revision der Grenzen ist nirgends in offiziellen Erklärungen jener Tage zu finden.⁴⁹

Zur Umdeutung des Budapester Aufstandes in eine irredentistische Aktion trugen vor allem zwei Sonderemissäre bei, die ihren Bericht über die Lage in Ungarn am 2. November dem Politbüro vorlegten. Es handelte sich um Aurel Mălnășan, der zwischen 1949 und 1952 rumänischer Botschafter in Ungarn gewesen war, sowie um Valter Roman (Ernst Neuländer), einem ehemaligen Aktivist der Kommunistischen Internationale, der aus jener Zeit Imre Nagy kannte. Sie schilderten vor allem, dass reaktionäre Kräfte offen auftreten würden und

⁴⁵ Mircea Stănescu, *Organisme politice românești 1948-1965*, București 2003, S.396-408.

⁴⁶ Ralf Thomas Göllner, *Der Ungarn-Aufstand 1956 und seine Auswirkungen auf die ungarische Minderheit in Siebenbürgen*, in: *Siebenbürger Semesterblätter*, X (1996), 2, 145-156, hier 149.

⁴⁷ Sitariu, *Oaza*, S.131.

⁴⁸ Catherine Durandin, *Histoire de la nation roumaine*, Bruxelles 1994, S.105.

⁴⁹ Die Lage der auswärtigen Ungarn kam bei Versammlungen in Ungarn 1956 sehr selten zur Sprache, obwohl fast jede Familie Verwandte in Siebenbürgen, der jugoslawischen Vojvodina oder in der Slowakei hatte. Vgl. György Litván/ János M. Bak, *Die ungarische Revolution 1956. Reform – Aufstand – Vergeltung*, Wien 1994, S.117.

mit irredentistischen Bestrebungen gerechnet werden müsse. Die Armee und Polizei sei in Auflösung begriffen. Besonders Roman stellte die antirumänische Propaganda heraus und behauptete, dass Kádár ein autonomes Siebenbürgen gefordert habe. Nagy habe gesagt, er wolle nicht als „Gefangener der Russen“ gelten und betone daher die Unabhängigkeit.⁵⁰

Am 1. November berieten Chruščev, Vjačeslav Molotov und Georgij Malenkov mit dem polnischen Parteichef Władysław Gomułka über die bevorstehende Intervention, wobei letzterer Einwände dagegen vorbrachte. Danach flogen Chruščev und Malenkov nach Bukarest, wo sie Gheorghiu-Dej, den tschechoslowakischen Parteichef Antonín Novotný und seinen bulgarischen Amtskollegen Todor Živkov informierten. Am 2. und 3. November waren Chruščev und Malenkov schließlich in Jugoslawien, wo über den zukünftigen Regierungschef Ungarns beraten wurde und Tito sich für Kádár einsetzte.⁵¹ Nach Kádárs Verschwinden aus Budapest und der Verhaftung des Verteidigungsministers Máteer bat Nagy am 3. November nachts Gheorghiu-Dej um Vermittlung, damit es zu einer friedlichen Lösung käme. Gheorghiu-Dej schickte den stellvertretenden Außenminister Mălnășan nach Budapest. Wie intensiv die rumänische Parteiführung an der Niederschlagung des sie bedrohenden Unruheherdes beteiligt war, wurde erst am 23. November sichtbar, als die Deportation der ungarischen Regierungsmitglieder nach Rumänien erfolgte.⁵²

4. Deportation der Nagy-Gruppe und ihre Behandlung in Rumänien.

Die Geschichte der Mitglieder der Regierung Ungarns, die aufgrund des Schutzangebotes des jugoslawischen Botschafters am 4. November 1956 auf das Botschaftsgelände flüchteten, lässt sich durch deren Notizen aus der Deportationszeit, die von der Securitate insgeheim abfotografiert wurden, nun genau rekonstruieren.⁵³ Mitsamt der Frauen und Kinder waren es insgesamt 47 Personen. Nachdem am 5. November ein sowjetischer Panzer auf das Fenster der Botschaft geschossen und einen jugoslawischen Diplomaten ermordet hatte, war die Lage sehr gespannt. Chruščev schrieb am 10. November an Tito, dass eine Entlastung der Beziehungen zwischen der Sowjetunion und Jugoslawien in Sicht sei: Nagy und seine Gruppe hätten Kádár mitgeteilt, dass sie nach Rumänien ausreisen wollten.⁵⁴

Aufgrund dieser Lüge rückte Tito am 11. November bei einer Rede in Pola von Nagy ab und behauptete, dass dieser zurückgetreten sei und nun in Budapest ehrliche Kommunisten die Macht übernommen hätten.⁵⁵ Nachdem Kádár am 21. November schriftlich erklärt hatte, dass Nagy und seine Gruppe keine Verfolgung zu befürchten hätten, verließen sie am 22. November das Botschaftsgelände. Der Bus brachte sie jedoch nicht wie versprochen in ihre Wohnungen sondern zum sowjetischen Hauptquartier. Dort tauchte Valter Roman auf, der wie Nagy in den Kriegsjahren beim Moskauer Rundfunk gearbeitet hatte. Mit ihm kam Aurel Mălnășan, der stellvertretende Außenminister Rumäniens. Sie gaben sich als Vertreter des

⁵⁰ Roman hatte seinen Posten als Postminister verloren, war 1953 rehabilitiert worden und zu dieser Zeit Verlagsleiter. Mit seiner Berichterstattung wollte er sich wahrscheinlich bei der Parteispitze hervortun. Mit den Anschuldigungen gegen Kádár hatte er jedoch auf das falsche Pferd gesetzt. Vgl. Stănescu, *Organisme*, S.422.

⁵¹ István Vida, *Die Sowjetunion und die ungarischen Ereignisse im Herbst 1956*, in: Jan Foitzik (Hg.), *Entstalinisierungskrise in Ostmitteleuropa 1953-1956*, Paderborn 2001, S. 79-112, hier 104f.

⁵² V. K. Volkov u.a. (Hg.), *Sovetskij Sojuz i vengerskij crisis 1956 goda. Dokumenty*, Moskva 1998, S. 534

⁵³ Der Band erschien unter Nagys Namen, obwohl darin auch Materialien von anderen Deportierten enthalten sind. Vgl. Imre Nagy, *Însemnări de la Snagov. Corespondența, rapoarte, convorbiri, Iași 2004.*

⁵⁴ Volkov, *Sovetskij Sojuz*, S. 634.

⁵⁵ Paul E. Zinner, *National Communism and Popular Revolt in Eastern Europe*, New York 1957, S. 527.

Roten Kreuzes aus, die der Budapester Bevölkerung Medikamente gebracht hätten. Sie unterbreiteten den Vorschlag von Gheorghiu-Dej und Kádár, dass die Gruppe freiwillig Ungarn für eine kurze Zeit verlassen solle. Nagy und seine Mitarbeiter waren dazu nicht bereit.⁵⁶

Am 22. November berieten Kádár und der neue Verteidigungsminister Ferenc Münnich mit dem sowjetischen Botschafter Jurij Andropov, Malenkov, dem Oberkommandierenden der Streitkräfte des Warschauer Paktes Marschall Ivan Konev sowie dem KGB-Chef Ivan Serov das weitere Verhalten gegenüber den gefangenen ungarischen Führern. Gheorghiu-Dej, Bodnaraş und Chivu Stoica kamen ebenfalls nach Budapest. Es ging jedoch nur noch darum, wie sich die Verhaftung vor der Weltöffentlichkeit darstellen ließe. Die Deportation der Nagy-Gruppe war schon lange vorher vorbereitet worden, denn die Unterkünfte in dem kleinen Ort Snagov bei Bukarest wurden seit dem 13. November hergerichtet. Nun wurde der formale Rahmen besprochen, damit die Entführung des Staatsoberhauptes als Hilfsaktion erscheinen konnte.⁵⁷ In einem Schriftstück, das vom Vize-Außenminister Mălnăşan und dem neuen ungarischen Außenminister István Sebes unterzeichnet war, wurde die Umsiedlung damit begründet, dass die Gruppe vor konterrevolutionären Provokateuren in Sicherheit gebracht werden müsste. Am 23. November verfrachtete man die ehemaligen Regierungsmitglieder in ein Sonderflugzeug nach Bukarest. Die Delegierten Jugoslawiens protestierten auf der Generalversammlung der UNO am 3. Dezember gegen die Deportation. Der rumänische Außenminister, Grigore Preoteasa, gab dort bekannt, dass die Gruppe sich solange in Rumänien aufhalten würde, bis sich die Lage in Ungarn stabilisiert habe.⁵⁸

In Snagov wurde die Gruppe geteilt und streng bewacht. Da ihre Gespräche von der Securitate abgehört wurden, kann die Entwicklung der Eingeschlossenen genau verfolgt werden. Die 46 Aktenordner der Securitate liegen im Archiv des Rumänischen Informationsdienstes und sind von Ileana Ioanid ausgewertet worden. Nagy erhielt sehr selten Besuch: am häufigsten von Valter Roman, der regelmäßig darüber Berichte verfasste, die auch nach Moskau gingen. Sie dienten auch den Ungarn zur Vorbereitung des Strafverfahrens, obwohl von rumänischer Seite im November 1956 der Gruppe Straffreiheit zugesichert worden war. Verhört wurden die Männer von KGB-Offizieren. Durch Isolation wurden sie psychisch unter Druck gesetzt, damit sie ihre Politik gegenüber den sie Vernehmenden als Förderung konterrevolutionärer Umtriebe bezeichnen. Im Januar 1957 meldete der Delegierte der Kádár-Regierung, Gyula Kállai, einen ersten Erfolg: Zoltán Szántó sei bereit, sie zu unterstützen; Lukács sowie Vas würden sich in einigen Punkten von Nagy distanzieren.⁵⁹

Auch die rumänischen Besucher versuchten mit Hinweis auf eine baldige Befreiung einzelne Personen aus der Nagy-Gruppe herauszubringen. Roman und Nicolae Goldberger führten besonders intensive Gespräche mit Nagy und György Lukacs. Gleichzeitig drängte Gheorghiu-Dej Kádár bei seinem Staatsbesuch in Rumänien zwischen dem 20. und 28. Februar 1957 zur Vorbereitung eines Prozesses gegen die Deportierten. Zu diesem Zweck reisten Ende März Ungarn aus Budapest an, und am 10. April wurde die erste Gruppe verhaftet. Als sich der Kabinettschef von Nagy, József Szilágyi, und der Journalist György Fazekas wehrten, wurden sie von Mitarbeitern der Securitate zusammengeschlagen.⁶⁰

⁵⁶ Nagy, *Însemnări*, S.176.

⁵⁷ Méray, *Budapesta*, S. 343.

⁵⁸ Bericht von Preotasa an das Politbüro, in: Nagy, *Însemnări*, S.242.

⁵⁹ Kállai machte daraufhin den Budapester Parteiführern den Vorschlag, gerichtlich gegen Nagy vorzugehen. Vgl. Litván/ Bak, *Die ungarische Revolution*, S. 153.

⁶⁰ Méray, *Budapesta*, S.354

Einige Männer wurden zu Verhören zuerst nach Moskau gebracht und danach nach Ungarn, die Frauen blieben bis zum Abschluß des Prozesses in Rumänien. Die meisten Männer saßen bis Juni 1958 unter strengster Isolation in einem Budapester Gefängnis. Von den Deportierten wurden Nagy und Szilágyi hingerichtet, Géza Losonczy war vorher im Gefängnis ermordet worden, die meisten anderen erhielten lange Gefängnisstrafen. Nagy und seinen Mitstreitern wurden in einem Geheimprozess die aktive Unterwanderung der staatlichen Strukturen, die Einführung des Mehrparteiensystems, der Austritt Ungarns aus dem Warschauer Pakt und anderes vorgeworfen.⁶¹

Von irredentistischen Forderungen, die in der rumänischen Propaganda hervorgehoben wurden, war in Ungarn nicht die Rede. Gheorghiu-Dej unterstützte Kádár seit November 1956 bei der Reorganisation des Sicherheitsapparates und zu diesem Zweck begaben sich eine Reihe Siebenbürger Ungarn nach Budapest.⁶²

5. Zur Rolle von 1956 für die Herausbildung des nationalen Kurses in Rumänien.

Zum Zeitpunkt des Prozesses gegen Nagy und seine Mitarbeiter war in Rumänien bereits Friedhofsruhe eingekehrt. Da die Studenten und Intellektuellen im Gegensatz zu Ungarn von der Bevölkerung nicht unterstützt worden waren, gelang es der Securitate wieder alles unter Kontrolle zu bekommen. Ohne Unterbrechung, von 1952 bis 1965, wurde sie von Innenminister Alexandru Drăghici geleitet (der erst 1968 aus der Parteileitung entfernt wurde). Von Entstalinisierung sprach in Rumänien niemand mehr, und die Zensur griff wieder mit voller Kraft durch. 1958 wurden per Dekret die Möglichkeiten zur Anwendung der Todesstrafe stark erweitert: Nun fiel auch „Hooliganismus“ darunter.⁶³ Nachdem die Teilnehmer der Protestaktionen in die Gefängnisse eingeliefert worden waren, wurde wieder systematisch gefoltert.⁶⁴

Miron Constantinescu und Iosif Chişinevski, die Gheorghiu-Dej kritisiert hatten, wurden im Juli 1957 aus dem Politbüro entfernt, Constantinescu verlor sein Amt als Unterrichtsminister und stellvertretender Ministerpräsident. Das ZK-Plenum warf ihm parteischädigendes Verhalten vor. Gheorghiu-Dej bezeichnete dessen Kritik als Ausdruck von Liberalismus und Opportunismus. Er wurde in ein Forschungsinstitut abgeschoben.⁶⁵

Um die Bevölkerung weiterhin ruhig zu halten, bemühte sich die Parteiführung um eine Verbesserung der materiellen Lage. Im Dezember 1956 beschloss die ZK-Tagung eine Verbesserung des Lohnsystems; im Schnitt stiegen die Löhne um 15%. Es fand eine Umverteilung der staatlichen Mittel zugunsten des Konsumsektors statt.⁶⁶ Im Januar 1957 wurden die Zwangsabgaben der Bauern bei Gemüse und Milch gestrichen. Die Freude der Bauern währte jedoch nur kurz, denn im August 1958 verlangte Gheorghiu-Dej die Beschleunigung der Kollektivierung. Viele Bauern wehrten sich und es erfolgte

⁶¹ Zum Mord an Losonczy und dem Prozess vgl. Sándor Kopácsi, *Die ungarische Tragödie*, Stuttgart 1979, S. 242 und 271-281.

⁶² Silviu Brucan, *Generația irosită. Memorii*, Bucureşti 1992, S.72; Oprea, *Banalitatea*, S.34.

⁶³ Tănase, *Elite*, S.157.

⁶⁴ Herbert (Belu) Zilber, *Actor în procesul Pătrăşcanu*, Bucureşti 1997, S. 157.

⁶⁵ Tănase, *Elite*, S.129, Tismaneanu, *Stalinism*, S.157 und 260.

⁶⁶ Tănase, *Elite*, S.127 und 139.

Massenverhaftungen. Im Frühjahr 1962 wurde die Kollektivierung für abgeschlossen erklärt.⁶⁷

Die Zugeständnisse, die den nationalen Minderheiten 1956 gemacht worden waren, wurden zum Teil wieder rückgängig gemacht. Die ungarische Minderheit galt nun als Gefahrenpotential: Gheorghiu-Dej bei behauptete bei einem Besuch in der Autonomen Ungarischen Region im Januar 1957, es habe in Siebenbürgen 1956 revisionistische und konterrevolutionäre Umtriebe gegeben.⁶⁸ Die Repression setzte besonders hart bei den Ungarn an, viele erhielten Haftstrafen zwischen 20 und 25 Jahren. Der reformierte Pfarrer Kálmán Sass wurde hingerichtet, ihm hatte das Militärgericht die Bildung einer Organisation im Bihor-Gebiet sowie suspekte Kontakte nach Ungarn angelastet.⁶⁹ Der Druck nahm 1957 weiter zu, nachdem eine Gruppe in Klausenburg ein Memorandum zur Lage der Ungarn in Rumänien verfasst hatte: László Varga und István Dobai bekamen lebenslänglich, andere Intellektuelle sowie Priester Gefängnisstrafen zwischen fünf und fünfzehn Jahren.⁷⁰ Bald darauf wurde der katholische Pfarrer Aladár Szoboszlai verhaftet, dem die Securitate vorwarf, im August 1956 einen Putsch geplant zu haben, der das Ziel einer rumänisch-ungarischen Föderation gehabt habe. Im Mai 1958 ergingen elf Todesurteile, gegen Szoboszlai, zwei weitere Geistliche sowie einige ehemalige Großgrundbesitzer und Fabrikanten ungarischer Herkunft.⁷¹

Die rumänische Parteiführung stellte in der Presse die Unruhe unter der ungarischen Minderheit als gegen die rumänische Bevölkerung gerichtet dar. Damit wurden Vorurteile bestärkt und von den Missständen abgelenkt. Zahlreiche ungarische Intellektuelle wurden in der Folgezeit von ihren Arbeitsplätzen verdrängt und durch Rumänen ersetzt.⁷² Auch die Zusammenlegung der ungarischen und rumänischen Universität in Klausenburg im Juli 1959 stand im Kontext dieser Rumänisierung. Wer dagegen auftrat, wurde wie das Parteimitglied Professor László Szabédi der „nationalistischen Diversion“ bezichtigt. Er beging unter diesem Druck Selbstmord, ebenso wie Professor Zoltán Csendes, der am Plan des Anschlusses mitgearbeitet hatte.⁷³ Das ungarische Schulwesen wurde danach immer stärker reduziert.⁷⁴

Die deutsche Minderheit geriet ebenfalls unter starken Druck: 1958 wurden mehrere Schriftsteller verhaftet und 1959 mit absurden Beschuldigungen zu langen Haftstrafen verurteilt.⁷⁵ Gleichzeitig wurde mit der Bundesrepublik Deutschland über Ausreisen verhandelt und 1959 verließen einige seit 1950 eingesperrte Katholiken das Land.⁷⁶ Im Zuge der Familienzusammenführung emigrierten in den darauf folgenden zehn Jahren 16.294

⁶⁷ Dorin Dobrinicu/ Constantin Iordachi (Hg.), *Țărănimea și puterea. Procesul de colectivizare a agriculturii în România 1949-1962*, Iași 2005; Octavian Roske, *Colectivizarea agriculturii. Represiunea totală 1957-1962*, in: *Arhivele Totalitarismului*, III (1995), 1, 163-187, hier S.164f.

⁶⁸ Othmar Kolar, *Rumänien und seine nationalen Minderheiten in Rumänien 1918 bis heute*, Wien/Köln 1997, S.275.

⁶⁹ Elemér Illyés, *Nationale Minderheiten in Rumänien*, Wien 1981, S.139; Szabó, 1956, S.193; Cristian Troncotă, *Istoria serviciilor secrete românești*, București 1999, S. 452.

⁷⁰ Méray, *Budapesta*, S. 357 und <http://www.historicaltextarchive.com>.

⁷¹ http://www.provincia.ro/cikk_roman.

⁷² Göllner, *Der Ungarn-Aufstand*, S.153

⁷³ Andreescu u.a., *Maghiarii*, S.625-645.

⁷⁴ Brigitte Mihok, *Ethnostratifikation im Sozialismus, aufgezeigt an den Beispielländern Ungarn und Rumänien*, Frankfurt a. M. 1990, S.155.

⁷⁵ Peter Motzan/ Stefan Sienerth (Hg.), *Worte als Gefahr und Gefährdung. Schriftsteller vor Gericht*. Kronstadt 1959, München 1993.

⁷⁶ Luzian Geier, *Die kommunistische Unterdrückung der katholischen Kirchen in Rumänien*, in: Alexander Rubel/ Cătălin Turluc (Hg.): *Totalitarism. Ideologie și realitate socială în România și RDG*, Iași 2006, S59.

Deutsche.⁷⁷ Auch die jüdische Bevölkerung erhielt seit 1958 die Möglichkeit zur Ausreise nach Israel. Doch als etwa 130.000 Personen Pässe beantragten, begannen 1959 der Angriffe auf zionistische Kreise.⁷⁸

Die rumänische Parteiführung hatte die angespannte Lage von 1956 genutzt, um die Verträge der rumänisch-sowjetischen Gemeinschaftsbetriebe zu verändern. Rumänien erhielt von der Sowjetunion einen Kredit von 270 Millionen Rubel für den Ausbau der Chemieindustrie.⁷⁹ Da die Verhältnisse in Rumänien stabil waren, griff Chruščev den rumänischen Vorschlag auf, und verkündete im Mai 1958 den Abzug der sowjetischen Truppen aus dem Land. Damit wollte er dem Westen die sowjetische Bereitschaft zur Abrüstung signalisieren.⁸⁰ Der Abzug hatte weitreichende Folgen: Er war eine Voraussetzung dafür, dass die rumänische Parteiführung sich 1961 gegen die Arbeitsteilung in RGW aussprechen konnte. Sie forderte Investitionen in die Schwerindustrie statt des für Rumänien vorgesehenen Ausbaus des Agrarsektors. Viele rumänische Historiker stellen die Beibehaltung des stalinistischen Wirtschaftsmodells allerdings als „nationale Emanzipation“ dar und bringen sie nicht mit den späteren Hungerjahren in Verbindung.⁸¹

Die Abwendung von der Sowjetunion brachte nur eine kurze Phase der Lockerung des Drucks, von einer Liberalisierung konnte nicht die Rede sein, denn Partei und Securitate hatten alles unter Kontrolle.⁸² Nach dem Tod von Gheorghiu-Dej im März 1965 wurde Nicolae Ceaușescu Parteichef und lastete alle „Übergriffe“ dem Innenminister Alexandru Drăghici an. Das Innenministerium unterstand seit 1968 Ceaușescus Kontrolle. Die Arbeitsweise der Securitate wurde nicht in Frage gestellt.⁸³ Seit 1971 nahm die Repression wieder zu und traf erneut vor allem die ungarische Minderheit.

Bis heute gelten ungarische Forderungen nach Autonomie in Rumänien als reaktionäres oder stalinistisches Konzept. Ein ehemaliger Parteifunktionär schrieb in seinen Memoiren, dass die kulturelle Autonomie für Minderheiten ein Plan der von Russen dominierten Kommunistischen Internationale zur Schwächung der Nationalstaaten gewesen sei. Pavel Țugui, der 1956 als ZK-Sekretär an der Repression aktiv beteiligt war, behauptet, der Verband der ungarischen Minderheit habe dieses Konzept nach 1990 wieder aufgegriffen.⁸⁴ Ein hochrangiger General der Securitate äußerte sein Bedauern darüber, dass heute wegen der Beteiligung der Vertreter der ungarischen Minderheit an der Regierung die Irredentisten nicht mehr verfolgt würden.⁸⁵ Die umfangreichste staatliche Förderung zur Erforschung des Stalinismus bezog bisher das Bukarester „Nationale Institut zum Studium des Totalitarismus“ von Radu Ciuceanu. Er ist Mitglied der rechtsradikalen "Partei Großrumänien", in deren Zeitung die Abgeordneten der ungarischen Minderheit bereits dann als Irredentisten gelten,

⁷⁷ Anton Sterbling, Zur Aussiedlung der Deutschen aus Rumänien, in: Ders. Kontinuität und Wandel in Rumänien und Südosteuropa, München 1997, S.75.

⁷⁸ Liviu Rotman, Evreii din România în perioada comunistă, Iași 2004, S.105.

⁷⁹ Durandin, Istoria, S. 297

⁸⁰ Chruschtschow erinnert sich. Hg. von Strobe Talbott. Reinbek 1971, S.515f.

⁸¹ Zur Umorientierung in den Wirtschaftsbeziehungen vgl. William E. Crowther, The Political Economy of Romanian Socialism, New York 1988, S.133f.

⁸² Lucian Boia, Geschichte und Mythos. Über die Gegenwart des Vergangenen in der rumänischen Gesellschaft, Köln 2003, S.91.

⁸³ Günther H. Tontsch, Das Verhältnis von Partei und Staat in Rumänien 1944-1982, Köln 1985, S.106.

⁸⁴ Țugui, Istoria, S.265 und 280.

⁸⁵ Als dieser die Securitate in Bezirk Klausenburg 1962-1967 leitete, beschäftigte sich zwei Drittel der Mitarbeiter mit der Verfolgung von „Irredentisten“. Vgl. Nicolae Pleșiță, Ochii și urechile poporului, București 2001, S.155f.

wenn sie im Parlament ungarisch reden.⁸⁶ Insofern ist verständlich, dass erst wenige Forschungsbeiträge über die Solidarität mit der ungarischen Revolution vorgelegt wurden. In den letzten beiden Jahren entstanden jedoch neue Forschungsinstitute zur Zeitgeschichte, sodaß in Zukunft umfassendere Erkenntnisse zur Situation in Rumänien im Jahr 1956 sowie in der Folge erwartet werden können.

⁸⁶ Radu Pădureanu, UDMR – groparul actualei coaliții aflate la Putere, in: România Mare, 15.7.2005, S.8.